



Jugendsession 2011

1. – 4. September 2011

> Dossier

Zukunft der Demokratie in der Schweiz

1. Inhaltsverzeichnis

1. Inhaltsverzeichnis	3
2. Abstract	3
3. Einleitung	4
4. Probleme der Demokratie in der Schweiz	5
4.1. Partizipation und Stimmbeteiligung.....	5
4.2. Grenzen des Milizsystems	6
4.3. Finanzierung der Parteien.....	6
5. Lösungsansätze	7
5.1. Partizipation.....	7
5.2. E-Demokratie und E-Partizipation	8
6. Fazit.....	9
7. Weiterführende Links	11

2. Abstract

Die Schweizer Demokratie wird immer noch von vielen als mustergültig betrachtet. Trotzdem gibt es auch hier Bereiche, in denen nicht alles zum Besten steht. Zu nennen wären beispielsweise die eher niedrige Stimmbeteiligung und auch die sinkende Bereitschaft der Bevölkerung, ein politisches Amt auf Gemeindeebene zu übernehmen. Auf nationaler Ebene existieren zwar keine Rekrutierungsengpässe, dafür wird hier das Milizsystem zunehmend zu einem Problem, weil die Anforderungen an National- und StänderätInnen gestiegen sind und die Dossiers immer komplexer werden, so dass die meisten gar keine Zeit mehr haben, neben ihrem Amt noch einem regulären Beruf nachzugehen. Dies wiederum führt dazu, dass bestimmte Berufsgruppen, insbesondere Selbstständigerwerbende, im eidgenössischen Parlament stark übervertreten sind.

Nicht überall existieren bereits pfannenfertige Lösungen. In diesem Dossier wird vor allem aufgezeigt, wie die Möglichkeiten zur Partizipation verbessert werden und so wieder mehr Leute in die demokratischen Entscheidungsprozesse in der Schweiz einbezogen werden könnten und zur Mitarbeit motiviert würden.

3. Einleitung

Die Demokratie gilt in unserer Gesellschaft als die beste Regierungsform. Insbesondere seit 1945 und dem Ende des Zweiten Weltkrieges scheint in der westlichen Welt kaum eine andere Form des Regierens mehr denkbar zu sein. Heute jedoch wird in Europa oft von einer „Krise der Demokratie“ gesprochen. Als Bürgerinnen und Bürger in Stuttgart auf die Strasse gingen, um gegen den Bau eines unterirdischen Bahnhofs zu protestieren, schrieben die Medien in Deutschland von der Politik, die mit denen, für die sie regiert, nichts mehr zu tun habe. Zwischen Regierung und Bürgerinnen und Bürgern gibt es vielerorts eine Kluft, die unüberbrückbar scheint.¹

Doch nicht nur der zunehmende Abstand zwischen Alltag und Politik, der auch hierzulande manchmal beklagt wird, bringt die Demokratie in eine Krise. In der Schweiz finden sich immer weniger Menschen, die bereit sind, für ein politisches Amt zu kandidieren. Insbesondere in kleineren Ortschaften ist dies ein grosses Problem. Aber auch eidgenössische Parlamentarierinnen und Parlamentarier klagen über die Belastung, die ihr Amt mit sich bringe. Wegen des Milizsystems ist zwar einerseits die Verbindung zwischen Alltag und Politik gewährleistet, andererseits aber erfordern komplexe Dossiers viel Zeit, um sich einzuarbeiten. Diese Zeit können „Profi-PolitikerInnen“ eher aufbringen als Menschen, die neben ihrer politischen Arbeit einem Beruf nachgehen. Wie könnte dieses Problem gelöst werden? Sollte sich die Politik mehr auf Experten berufen oder besteht dann die Gefahr, dass die Demokratie zu einer „Expertokratie“² wird? Und wie können in Zeiten der Globalisierung noch Lösungen auf nationaler Ebene durch demokratische Entscheidungsprozesse gefunden werden?

Allerdings sind die Knackpunkte in Sachen Demokratie nicht nur bei den Politikerinnen und Politikern zu suchen. Gerade in der Schweiz sind auch die BürgerInnen gefragt, das politische Geschehen mitzugestalten. Zwar werden nach wie vor viele Volksinitiativen eingereicht,³ es besteht also durchaus Interesse an der Politik. Wenn es jedoch darum geht, an Abstimmungen teilzunehmen, so nimmt regelmässig weniger als die Hälfte der Stimmberechtigten diese Gelegenheit wahr.⁴

Wie könnte dies geändert werden? Oder existiert gar kein Handlungsbedarf?

¹ Vgl. dazu z.B. Walter, Franz / Lühmann, Michael: Die Empörungsgesellschaft, in: Die Zeit Online, 17.03.2011 [Suche auf Google nach „zeit.de Serie Zukunft der Demokratie“, 1. Treffer, oder: <http://www.zeit.de/themen/serie/index?q=zukunft-der-demokratie>] [Stand: 26.06.2011].

² Höffe, Otfried: Ist die Demokratie zukunftsfähig? München 2009, S. 277. In der Folge zitiert als Höffe 2009.

³ Vgl. www.bfs.admin.ch → Themen → 17 – Politik → Abstimmungen → Indikatoren [Stand: 26.06.2011].

⁴ Vgl. www.bfs.admin.ch → Themen → 17 – Politik → Abstimmungen → Oft gefragt → Stimmbeteiligung [Stand: 26.06.2011].

4. Probleme der Demokratie in der Schweiz

Grundsätzlich ist festzuhalten: Auch wenn an der Demokratie immer wieder Kritik geübt wird, so ist sie trotzdem relativ unbestritten, denn sie hat einen grossen Vorteil – dadurch, dass die Regierten prinzipiell mitentscheiden können, hat die Demokratie einen Legitimationsvorsprung gegenüber anderen Regierungsformen wie beispielsweise der Monarchie oder der Aristokratie.⁵ Wer regiert wird, kann prinzipiell (vorausgesetzt, die Person hat das aktive und passive Wahlrecht) auch regieren, sofern er oder sie denn gewählt wird.

4.1. Partizipation und Stimmbeteiligung

Gerade bei den vielen Partizipationsmöglichkeiten liegt aber für die Schweiz ein grosses Problem: Immer weniger Menschen sind bereit, ein politisches Amt (Gemeinderat, Schulpflege etc.) zu übernehmen.⁶ Gemeinden suchen inzwischen ihre Gemeinderätinnen und -räte über Inserate und Plakate, sie schreiben Vereine an, weil sich dort bereits Menschen ehrenamtlich engagieren. Wer gewählt ist, nimmt das Amt oft nur widerwillig an oder zieht sogar weg, wenn Amtszwang herrscht. Die Parteien können bei der Suche nach Freiwilligen häufig nicht helfen, weil sie selbst unter Mitgliederschwund leiden, obwohl sie immer noch neue Kommalsektionen gründen. Heute sind ungefähr vierzig Prozent aller Gemeinderätinnen und Gemeinderäte parteilos, während es vor zwanzig Jahren nur ungefähr zwanzig Prozent waren. Die oft erfolglose Suche nach Kandidierenden hat zur Folge, dass die eigentlichen Wahlen zur KandidatInnen-Suche per Wahlzettel verkommen: Diejenigen, die am meisten gewählt wurden, werden danach in stiller Wahl ernannt. Auch dort, wo es Kandidierende gibt, sind es meist nur so viele, wie Sitze frei sind. Die Auswahl ist somit gleich null – was in einer Demokratie nicht wünschenswert ist.

Doch woran liegt die schwindende Bereitschaft, ein kommunales Exekutivamt zu übernehmen? Einerseits sind die Ansprüche an Gemeinderätinnen und Gemeinderäte in den letzten Jahren gewachsen – komplexere Themen erfordern eine eingehendere Beschäftigung und die Bevölkerung erwartet zudem mehr (z.B. was den öffentlichen Verkehr angeht) –, andererseits sind die meisten von uns generell immer weniger bereit, sich langfristig für eine bestimmte freiwillige Tätigkeit zu verpflichten und damit einen grossen Teil ihrer Freizeit zu opfern. Ein weiteres Problem wird erst durch den Mangel an Kandidierenden erzeugt: Weil immer weniger Leute bereit sind, ein Amt zu übernehmen, werden die Gremien an vielen Orten verkleinert (z.B. nur noch fünf GemeinderätInnen statt sieben). Dies wiederum hat zur Folge, dass die Pensen der einzelnen Mitglieder erhöht werden – was wiederum dazu führt, dass noch weniger Menschen ein solches Pensum übernehmen wollen.

⁵ Vgl. dazu Höffe 2009, S. 13.

⁶ Vgl. für diesen Abschnitt: Senti, Martin: Freiwillige vor, in: Neue Zürcher Zeitung 296, 20.12.2010, S. 9.

Nicht nur die InhaberInnen der Exekutiven, sondern alle StimmbürgerInnen sind gefordert, sich am politischen Geschehen zu beteiligen. Auch hier lässt sich jedoch festhalten, dass ein grosser Teil der Bevölkerung nicht aktiv daran teilnimmt. Die Stimmbeteiligung bei eidgenössischen Urnengängen bewegte sich in den letzten Jahren zwischen vierzig und fünfzig Prozent.⁷ Gerade bei komplexen Vorlagen ist die Stimmbeteiligung tendenziell eher tief, und auch Gemeindeversammlungen werden im Normalfall von eher wenigen Stimmberechtigten besucht. Laut einer Untersuchung im Rahmen des Demokratiebarometers der Universität Zürich sind es vor allem Gebildete, Wohlhabende, Ältere und überproportional viele Männer, die jeweils an die Urne gehen.⁸ Die Frage ist, ob nicht gerade die vielen Möglichkeiten, die sich in der Schweiz zur Partizipation bieten, einen negativen Effekt haben. Wenn eine Abstimmung nichts Spezielles ist, beteiligen sich möglicherweise weniger Leute – gerade bei komplizierten Sachverhalten, die ein grosses Vorwissen oder aber eine vertiefte Beschäftigung mit einer Vorlage verlangen.

4.2. Grenzen des Milizsystems

Ein weiterer Punkt, der von vielen Leuten zunehmend als problematisch für die Demokratie wahrgenommen wird, ist die Tatsache, dass das Schweizer Milizsystem an seine Grenzen gelangt ist.⁹ Bereits in den 1970er-Jahren zeigten Studien, dass nur circa ein Viertel der eidgenössischen Parlamentarierinnen und Parlamentarier weniger als einen Drittel ihrer Arbeitszeit ihrem Amt widmeten. In den folgenden Jahren sank dieser Anteil weiter. Heute wenden NationalrätInnen im Schnitt 57 Prozent ihrer Arbeitszeit für ihr politisches Amt auf, bei den StänderätInnen liegt der Anteil sogar bei 67 Prozent. Zu erklären ist dieser hohe Aufwand im Ständerat mit der Tatsache, dass die StänderätInnen meist in zwei oder drei Kommissionen sitzen, während NationalrätInnen lediglich einen oder zwei Kommissionssitze innehaben. Die grosse Belastung durch das Amt hat auch Auswirkungen auf die Rekrutierungsbasis der eidgenössischen Parlamente: Berufe, in denen man sich die Arbeitszeiten mehr oder minder selbst einteilen kann, sind tendenziell übervertreten (so z.B. die Selbstständigerwerbenden). Auch die finanziellen Entschädigungen der eidgenössischen ParlamentarierInnen entsprechen heute dem Salär einer sehr gut qualifizierten Berufsperson.

4.3. Finanzierung der Parteien

Ein weiteres Problem, welches das Milizsystem mit sich bringt, ist die Tatsache, dass sich Parteien weitgehend privat finanzieren müssen.¹⁰ Der Staat kann dadurch zwar

⁷ Vgl. www.bfs.admin.ch → Themen → 17 – Politik → Abstimmungen → Indikatoren [Stand: 23.06.2011].

⁸ Vgl. Rau, Simone: Musterland nur Mittelmass, in: Tages-Anzeiger, 28.01.2011, S. 3.

⁹ Vgl. für den folgenden Abschnitt: Auswärtiger Autor: Auf dem Weg zum Berufsparlament, in: Neue Zürcher Zeitung 101, 04.05.2010, S. 13.

¹⁰ Vgl. für den folgenden Abschnitt: Senti, Martin: Transparenz ist kein Selbstzweck, in: Neue Zürcher Zeitung 100, 30.04. 2011, S. 25.

sparen, aber die private Finanzierung hat auch zur Folge, dass Interessengruppen oder bestimmte Industriezweige sich in die Parteien „einkaufen“ können. Weil die Schweiz keine Parteiendemokratie ist, ist die Stärkung der Position von Wirtschaft und Gesellschaft in der Politik durchaus erwünscht. Mit diesen durchaus auch gewinnbringenden Verflechtung müssen PolitikerInnen und Souverän jedoch auch bewusst umgehen, sonst droht eine Übernahme der Politik durch die Wirtschaft. Ob dieser bewusste Umgang noch gegeben ist, wenn Abstimmungskampagnen von Einzelpersonen finanziert werden, lässt sich jedoch fragen. Zudem sind gerade die eidgenössischen ParlamentarierInnen durch ihre hohe Belastung prädestiniert, ihre Entschädigung durch Nebeneinkünfte wie Verwaltungsratsmandate und ähnliches aufzubessern. Obwohl diese Interessenbindungen bei Amtsantritt offengelegt werden, tragen auch sie dazu bei, das Milizsystem in den Augen der Öffentlichkeit zu einem Filz zu machen, der undurchsichtig macht, wie und wo Geld fließt.

5. Lösungsansätze

5.1. Partizipation

Gerade bei der Partizipation, insbesondere bei der Rekrutierung von GemeinderätInnen und Kommissionsmitgliedern in den Gemeinden, scheinen zwar die einzelnen Gemeinden sehr initiativ zu sein, um Leute zu finden, allgemeine Lösungsansätze gibt es jedoch wenig. Eine Möglichkeit wäre die partizipative Gemeindeplanung, wie sie die Eidgenössische Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft darstellt.¹¹ Hier werden in einem Prozess, der verschiedene Interessengruppen einer Gemeinde einbindet (z.B. Schule, NeuzuzügerInnen, Gemeindebehörden, Verein etc.), Ideen und Anliegen der Bevölkerung zusammengetragen, Prioritäten gesetzt und die Ideen dann auch umgesetzt. Dieser Ansatz würde unter anderem den Vorteil bringen, dass den Bedürfnissen der Menschen in Bezug auf Freiwilligenarbeit Rechnung getragen würde: Die Mitgliedschaft in traditionellen Vereinen und Parteien ist heute weniger beliebt. Durch den hohen Mobilitätsgrad sind eher zeitlich beschränkte und wenig formalisierte Einsätze gefragt, was durch eine partizipative Gemeindeplanung eher ermöglicht werden könnte.¹² So könnte das Engagement in der und für die eigene Gemeinde erhöht werden und die Gemeindebehörden würden möglicherweise sogar entlastet, da sie sich nicht um die Realisierung der Projekte kümmern müssten.

Die meisten Gemeinden jedoch suchen die Lösung ihrer Rekrutierungsprobleme eher in Fusionen mit anderen Gemeinden.¹³ Da vor allem Gemeinden mit 500–5000 EinwohnerInnen Mühe haben, Leute für die Behörden zu finden, könnte dies

¹¹ Vgl. dazu www.wsl.ch → Dienstleistungen und Produkte → Produkte → Lehr- und Lernmittel → Wege zu einem lebendigen Dorf [Stand: 25.06.2011].

¹² Vgl. Sozialberichterstattung Schweiz: Bericht zur Freiwilligenarbeit in der Schweiz, Neuchâtel 2004. www.bfs.admin.ch → Aktuell → Publikationen → Suche nach „Freiwilligenarbeit“ [Stand: 25.06.2011].

¹³ Vgl. Senti, Martin: Freiwillige vor, in: Neue Zürcher Zeitung 296, 20.12.2010, S. 9.

durchaus auch eine sinnvolle Strategie sein.¹⁴ Grössere Gemeinden haben meist mehr finanzielle Mittel zur Verfügung und können beispielsweise die Verwaltung ausbauen, die den Gemeinderätinnen und -räten Arbeit abnehmen kann. So wird das Umfeld professionalisiert.

5.2. E-Demokratie und E-Partizipation

Die Bundeskanzlei hat einen Bericht zu E-Demokratie und E-Partizipation in der Schweiz verfasst.¹⁵ In diesem Bericht werden die Möglichkeiten dargelegt, die das Internet in Sachen Demokratie und Partizipation mit sich bringt. Unter Partizipation wird dabei die „aktive Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen bei der Erledigung der gemeinsamen (politischen) Angelegenheiten“¹⁶ verstanden. Partizipation existiert jedoch auch in Vereinen und anderen Organisationen, ist also nicht nur politisch zu verstehen.

Die Bundeskanzlei sieht das Internet grundsätzlich als Chance, um politische Prozesse demokratischer zu gestalten. Einerseits bietet sich über das Internet die Möglichkeit, politische Angelegenheiten breiter auszuhandeln, andererseits kann durch das Internet auch die Transparenz politischer Prozesse erhöht werden. Allerdings sind es zumindest im Moment die gleichen Schichten, also tendenziell eher Wohlhabende und Gebildete, die via Internet partizipieren. Es konnten bis jetzt keine neuen Zielgruppen erreicht werden, obwohl man hofft, dass das Internet die Demokratie auch für Jugendliche attraktiv machen könnte. Inwiefern die Einführung der Möglichkeit, im Internet abzustimmen und zu wählen (Vote électronique), dies ändert, ist noch unklar. Allerdings ist dazu anzumerken, dass beispielsweise die Einführung der brieflichen Stimmabgabe dazu geführt hat, dass die Stimmbeteiligung, die bis zu diesem Zeitpunkt ständig sank, heute stabil ist.

Im Prozess der demokratischen Meinungs- und Willensbildung sind drei Hauptschritte unterscheidbar, anhand derer im Folgenden die Möglichkeiten im Hinblick auf E-Demokratie und E-Partizipation aufgezeigt werden sollen. Der erste Schritt ist die Information, worunter auch das Stichwort Transparenz fällt. Hier existieren bereits verschiedene Angebote: Einerseits die konventionellen Medien und ihre Online-Ausgaben, andererseits Blogs und Plattformen von Privatanbietern (wie beispielsweise www.politnetz.ch, www.politr.ch, www.smartvote.ch). Zusätzlich bietet auch der Bund selbst verschiedene Plattformen an. Alle Bundesämter und Departemente haben eine eigene Website und publizieren zusammen mehrere Millionen Dokumente. Die Sessionen der eidgenössischen Räte sowie die Pressekonferenzen des Bundesrates werden live übertragen. Zudem sind alle

¹⁴ Vgl. Höpflinger, François: Behördenorganisation: Exekutive, Spezialbehörden und ständige Kommissionen. www.socio.ch → auf der rechten Seite: Schweizer Gemeindestudien → 3. Kommunale Behörden und Verwaltung → Behördenorganisation [Stand: 25.06.2011].

¹⁵ Vgl. in diesem Kapitel: Bundeskanzlei BK, Sektion Elektronischer Behördenverkehr Web BK: E-Demokratie und E-Partizipation. Bericht an den Bundesrat. 2011. www.bk.admin.ch → Themen → E-Demokratie und E-Partizipation [Stand: 26.06.2011].

¹⁶ Ebd., S. 6.

Informationen, die zu Abstimmungen seitens des Bundes publiziert werden, auch online zugänglich. Informationen von Bund und Kantonen sind auf www.ch.ch abrufbar. Die Bundesverwaltung publiziert zudem Antworten zu Fragen, die ihr häufig gestellt werden, auf www.antworten.admin.ch. Wie bereits aus dieser kurzen Übersicht klar wird, ist das Problem hinsichtlich von Information und Transparenz weniger, dass keine Informationen vorhanden wären, sondern eher, dass es zu viele sind, was der Transparenz auch schaden kann. Hier stellt sich insbesondere die Frage, wie Informationen von offizieller Seite abgegrenzt werden können von Angeboten von Privaten und wie eine Einzelperson zu einer spezifischen Information findet.

Der zweite Schritt der Meinungsbildung ist die Partizipation mit dazugehöriger Meinungsbildung. Hier hat die Bundesverwaltung verschiedene Versuche durchgeführt, so konnte die Bevölkerung zum Sicherheitspolitischen Bericht 2009 online Stellung nehmen. Um einen Kommentar abgeben zu können, musste man sich registrieren und das Geschriebene wurde durch Moderatoren geprüft. Aus Sicht der Durchführenden war eine solche moderierte Webplattform sehr erfolgreich. Auch in verschiedenen Gemeinden und Kantonen wurden bereits ähnliche Versuche durchgeführt, allerdings immer nur, wenn es darum ging, zu einer bereits ausgearbeiteten Vorlage Stellung zu nehmen. Wünschenswert im Hinblick auf eine vollständige Partizipation wäre jedoch, dass auch bereits die Fragen und Probleme auf eine ähnliche Weise formuliert werden könnten und dass diejenigen Personen, die das wünschen, auch an der Ausarbeitung mitarbeiten können. Ein extremes Beispiel dafür ist das neue neuseeländische Polizeigesetz. Die neuseeländischen Behörden luden die Bevölkerung ein, sich an der Überarbeitung des Gesetzes zu beteiligen. Dazu benutzten sie die gleiche Software wie Wikipedia, wodurch alle Benutzerinnen und Benutzer den Text verändern konnten und die Veränderungen gleichzeitig nachvollziehbar waren. Das Wiki-Gesetz wurde inzwischen vom Parlament verabschiedet.

Im dritten Schritt der demokratischen Willensbildung, der Entscheidung, geht es im Hinblick auf das Internet vor allem darum, dieses bei Abstimmungen und Wahlen zu nutzen, was vom Bundesrat auch bereits beschlossen wurde. Dabei wird zuerst das elektronische Abstimmen, dann das elektronische Wählen, das elektronische Unterschriftensammeln und zum Schluss das elektronische Einbringen von Wahlvorschlägen eingeführt werden.

6. Fazit

Obwohl es auch in der Schweizer Demokratie Probleme gibt, die angepackt werden müssen, und teilweise vielleicht auch das System geändert werden muss, scheint die Demokratie nicht in Gefahr zu sein. Insbesondere durch das Internet haben sich zudem neue Möglichkeiten eröffnet, die Entscheidungsprozesse noch demokratischer und partizipativer zu gestalten. Gerade in diesem Bereich sollte auch in Betracht gezogen werden, was sich die Jugend wünscht, um an der

Demokratie teilzuhaben. Doch nicht nur die Möglichkeiten zur Teilhabe an demokratischen Prozessen können ausgebaut werden. Wenn niemand oder nur eine kleine Gruppe partizipiert, nützen auch die besten Möglichkeiten nichts. Was also könnte getan werden, um den Willen zur Partizipation zu verstärken? Und wie lassen sich die Personalprobleme von kleineren Gemeinden lösen? Diese offenen Fragen brauchen Antworten – auch von dir!

7. Weiterführende Links

www.wsl.ch → Dienstleistungen und Produkte → Produkte → Lehr- und Lernmittel
→ Wege zu einem lebendigen Dorf [Stand: 25.06.2011]

- Wege zu einem lebendigen Dorf. Zeigt auf, welche Möglichkeiten sich in einer Gemeinde zur Partizipation bieten.

www.socio.ch → auf der rechten Seite: Schweizer Gemeindestudien [Stand: 26.06.2011].

- Verschiedene Untersuchungen zum politischen Leben in Schweizer Gemeinden.

www.bk.admin.ch → Themen → E-Demokratie und E-Partizipation [Stand: 26.06.2011].

- Bericht der Bundeskanzlei zu E-Demokratie und E-Partizipation, bietet einen guten Überblick über bereits bestehende Angebote in diesem Bereich und liefert auch gleich die Links dazu.

www.parlament.ch → Curia Vista Geschäftsdatenbank

- Alle Geschäfte der eidgenössischen Räte – zum Beispiel für eine Suche nach aktuellen Vorstössen im Bereich der Demokratiegestaltung

www.zda.ch → Zentrum für Demokratie Aarau. Verschiedene Forschungsprojekte im Bereich Demokratie werden hier vorgestellt.

www.amazee.com → Schweizerische Plattform, welche die Bildung von Gruppen erlaubt und die Zusammenarbeit in diesen Gruppen und die Promotion von Ideen ermöglicht.

www.baloti.ch → Plattform, auf der Migrantinnen und Migranten über die eidgenössischen Abstimmungsvorlagen abstimmen können und so gewissermassen die demokratischen Prozesse der Schweiz üben können.

www.maerker.brandenburg.de → Dienst des Bundeslandes Brandenburg, wo die Bevölkerung die Behörden auf Infrastrukturprobleme in ihrer Gemeinde aufmerksam machen kann. Die Behörden sind verpflichtet, auf die Meldung zu reagieren.

www.demokratiwebstatt.at → Website für Kinder und Jugendliche des österreichischen Parlaments, gilt als vorbildlich im Bereich politische Bildung.

www.democracybarometer.org → Forschungsprojekt der Universität Zürich, das aufzeigen will, wie demokratisch ein bestimmtes Land ist. Die Resultate sind nicht unumstritten, aber die Website stellt anschaulich dar, welche Bereiche in die Demokratie hineinspielen.